Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 298. Montag den 25. October 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung **Montag, den 25. October 1886, Abends 7½ Uhr** im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Registrande.
2) Berathung des Antrags des Voigtländ. Bezirksvereins an das Landesmedicinalcoll. auf Revision der kgl. Gebührentaxe und Erörterung der Aenderungsvorschläge; conf. Sächs. Correspond.-Blatt Nr. 8 vom 15. October 1886.

Dr. Neubert.

Bekanntmachung.

Von der unterzeichneten Behörde sind sofort in Pflege zu geben:
2 Knaben im Alter von 9 und 13 Jahren
und
1 Mädchen im Alter von 1 Jahr.
Reflectanten wollen sich im hiesigen Rathhause, Zimmer 1, melden.
Reudnitz, den 23. October 1886.

Der Ortsarmenverband.
Gröbel.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 25. October 1886.

* Das Handschreiben, welches die Kaiserin aus Anlaß ihres Jubiläums als Chef des 4. Garde-Grenadier-Regiments an das Regiment gerichtet, hat folgenden Wortlaut:

„An Mein Grenadier-Regiment. Die vorjährige Feier hat Meinem Regiment bewiesen, wie hoch geehrt Ich Mich fühle, durch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Chef desselben zu sein. Der Mir gewährte Vorzug erneuert in diesem Jahre die Veranlassung, dem Regiment zu danken für seine trefflichen Leistungen und für die Mir stets bewiesene Anhänglichkeit. Als Beweis dieser Meiner Gesinnung freue Ich Mich, die an Mich gerichtete Cabinets-Ordre Sr. Majestät des Kaisers und Königs dem Officier-Corps übermitteln und mit den beifolgenden Zeichen Meines dauernden Andenkens begleiten zu können. Baden-Baden, den 18. Oct. 1886. gez. Augusta."

Die Cabinetsordre des Kaisers aus gleichem Anlaß lautete:

„Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin. Nachdem zu Meiner Kenntniß gelangt ist, daß Eure Majestät den Wunsch hegen, den Offizieren Allerhöchst Ihres Garde-Grenadier-Regiments zum 18. October c., an welchem Tage vor 25 Jahren Eure Majestät Ernennung zum Chef erfolgte, ein bleibendes Erinnerungszeichen durch Verleihung Allerhöchst Ihres Namenszuges an den Degen zu gewähren, gereicht es Mir zur besonderen Freude, Meine Zustimmung hierzu auszusprechen und zugleich auch wiederholt Meinem aufrichtigen und wärmsten Danke für die ermüdende Fürsorge Ausdruck zu geben, welche Eure Majestät Allerhöchst Ihrem Regiment nach allen Richtungen hin bethätigen. Baden-Baden, den 14. October 1886. gez. Wilhelm."

* Ueber die Ernennung eines neuen Staatssecretairs im Reichsschatzamt soll die kaiserliche Entschließung in den nächsten Tagen bevorstehen. Der Unterstaatssecretair im preußischen Ministerium des Innern, Herr Herrfurth, wird jetzt mit großer Bestimmtheit als für diese Stellung ausersehen bezeichnet.

* Ueber den neuen französischen Botschafter in Berlin und das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich finden wir in der „Vossischen Zeitung" die folgenden Ausführungen:

Der Kaiser hat am Sonnabend den neuen französischen Botschafter, Mons. Herbette, in feierlicher Audienz zur Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben desselben unter dem üblichen Ceremoniell empfangen. Den französischen Rachepolitikern durchkreuzt dieser Act einen Theil ihres Concepts, denn in ihrer Presse werden die Lebenstage des deutschen Kaisers jetzt tagtäglich als gezählt dargestellt; erst kürzlich brachte die „France" in einem ihrer ständigen Lügentelegramme aus Berlin die Nachricht, daß Mons. Herbette auf die Audienz beim Kaiser warte, indeß bei dem hoffnungslosen Zustande desselben wohl noch lange vergebens warten werde.

In ähnlicher Weise wird das Pariser Publicum auch von andern größern Blättern über den nahen Eintritt der großen Krisis in Deutschland unausgesetzt unterhalten, so daß System in der Sache zu liegen scheint. Auf die gröberen Excesse in dieser Richtung, bei denen der Krieg mit Deutschland auf offener Straße ausgeschrieen wird, braucht man dabei nicht einmal den Hauptaccent zu legen, obwohl sie zum Ganzen gehören, wie ein gewisses Schmarotzerthier zum Hunde. Von dem eigens zur deutschen Hetze gegründeten neuen Blatt „Revanche" soll die erste Nummer, wie die Redaction triumphirend verkündet, in 192,000 Exemplaren, darunter allein in Paris in 180,000, abgesetzt worden sein; die Aufschneiderei wurde von unbefangener Seite alsbald ans Licht gebracht und der wirkliche Absatz auf 40—60,000 Exemplare angegeben. Wer die Scandalsucht des Pariser Boulevardpublicums kennt, wird in diesem Erfolge nichts Ueberraschendes sehen, sich aber hüten, daraus zu schließen, daß jeder Käufer oder Leser des Blattes damit auf das Programm der Hetzer eingeschworen sei. Nach ebenso zahlreichen wie unwiderlegten Versicherungen verständiger Franzosen ist das französische Volk im Großen für das Kriegsgift, das comödienhafte Bläser und Marktschreier ihm mit Gewalt einimpfen wollen, zur Zeit durchaus unempfänglich, und nur der gewohnheitsmäßige Trugschluß, mit dem die zudringlichsten und kreischendsten Stimmen hier und da noch immer für die tonangebenden gehalten werden, macht es erklärlich, wenn Fernerstehende in diesen Gaukeleien der Straße einen Maßstab für die wirklichen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs finden zu müssen glauben. Daß diese Beziehungen weder nach den Circussprüngen eines Déroulède, noch nach dem Verbot deutschen Bieres in dem vom Kriegsminister Boulanger geleiteten Officierscasino, oder ähnlichen Verdrängungen feindlicher Leidenschaft zu beurtheilen sind, dafür werden die wohlverstandenen realen Interessen Frankreichs sorgen, die eben jetzt wieder in die vorderste Linie der Tagespolitik rücken. Schon deutlich ist in einer Unterredung Grévy's mit dem Grafen Münster von dem deutschfeindlichen Treiben der Pariser Presse beiderseits mit Bedauern gesprochen worden; allem Anscheine nach werden die Thatsachen in nächster Zeit auch den Franzosen selbst die Augen darüber öffnen, daß weder Patriotenliga, noch „Revanche" ihre Zukunft zu bestimmen berufen sind, sondern daß die Macht der Interessen über diese Auswüchse unerbittlich hinwegschreiten, sie unschädlich machen wird.

Die Einführung Mons. Herbette's auf seinen Berliner Posten fällt mit dem Hervortreten der egyptischen Frage nicht zufällig und nur äußerlich zusammen; mehrfache Anzeichen sprechen dafür, daß der neue Botschafter alsbald nach Erledigung der Empfangsförmlichkeiten in eine für die französischen Interessen sehr bedeutsame Action hier eintreten wird. Die neuliche Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem russischen Botschafter Schuwalow hat den Letzteren, wie es heißt, zur unverweilten persönlichen Rücksprache mit dem Zaren und Herrn von Giers veranlaßt; der Schluß liegt nahe, daß aus dieser Unterredung Dinge zu berichten sind, die dem bisherigen Gange der Politik im Orient möglicherweise eine Wendung geben könnten. Andererseits weiß man, daß der Reichskanzler nach der Versicherung seiner Presse „mehr als ein Eisen im Feuer" haben soll, eine Aeußerung, die erst jetzt bei dem Hervortreten des egyptischen „Eisens" eine verständlichere Bedeutung erhält.

Ohne Zweifel würde eine engere Verbindung Frankreichs mit Deutschland aus Anlaß Egyptens der deutschen Politik freiere Hand in ihrem Verhalten zu Rußland gewähren und für den Weltfrieden von höchster Bedeutung sein, sobald Frankreich die erforderlichen Bürgschaften gäbe, daß es auf absehbare Zeit hinaus den Frieden mit Deutschland nicht brechen werde. Um diesen Preis wäre die Lösung der egyptischen Frage im Sinne der französischen Interessen, d. h. die Räumung des Nillandes durch die englischen Truppen, gewiß nicht zu theuer erkauft. England hat den richtigen Augenblick, Egypten in seinen Besitz zu nehmen, vor vier Jahren versäumt; es hat durch seine kraftlose Politik in der bulgarischen Frage seine Stellung als europäischer Factor in der Bedeutung anderer Großmächte schwer compromittirt. Ein Bruch zwischen England und Frankreich, der früher gefährlich und zu einer Calamität für Europa hätte werden können, erscheint heute in viel ungefährlicherem Lichte und würde bei Unterstützung Frankreichs durch die Friedensmächte Deutschland, Oesterreich, Italien wohl überhaupt in keine andere als „moralische" Erscheinung treten.

Wie man sieht, bezeichnet der Eintritt des neuen französischen Botschafters in Berlin unter Umständen den Beginn einer ebenso neuen europäischen Perspective, bis zu deren Endpuncten zwar noch kein Auge reicht, deren Richtung aber nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa in der Linie des Friedens läge.

* Die „Allgemeine Conferenz der internationalen Erdmessung", welche am 27. d. M. in Berlin zusammentreten wird, soll sich, wie schon erwähnt, mit der Organisation einer internationalen Erdmessung beschäftigen, welche namentlich die Einrichtung eines ständigen Centralbureaus in Berlin, sowie die Dotirung einer permanenten Commission durch die betheiligten Staaten zum Zwecke hat. Die Frage wegen Einführung einer Weltzeit wird nicht in Berathung genommen, weil sie noch nicht spruchreif ist und einer weiteren Klärung bedarf. Letzteres hat der Verlauf der im October 1883 in Rom und der im October 1884 in Washington stattgehabten Conferenz bewiesen. Die Gradmessungs-Conferenz zu Rom empfahl den betheiligten Regierungen Folgendes zur Annahme:

„Im Hinblick auf gewisse Bedürfnisse der Wissenschaft und auf den internen Dienst der großen Verkehrsverwaltungen, wie der Eisenbahnen, Dampferlinien, Posten und Telegraphen, erkennt die Conferenz es als nützlich an, eine Universalstunde zu adoptiren, neben welcher im bürgerlichen Leben selbstverständlich auch ferner die localen oder nationalen Stunden in Anwendung bleiben. Die Conferenz empfiehlt als Ausgangspunct der Universalstunde und der kosmopolitischen Daten den Mittag von Greenwich, welcher mit der Mitternacht oder dem Beginn des Tages unter dem 12 Stunden oder 180 Grad östlich von Greenwich gelegenen Meridian zusammenfällt. Es empfiehlt sich, die Universalstunden von 0 bis 24 Uhr zu zählen. Es ist wünschenswerth, daß die Staaten, welche behufs Annahme der Längen und Stunden den Meridian wechseln müssen, das neue Längen- und Stundensystem bei sich sobald als möglich einführen. Endlich ist es von Bedeutung, dasselbe ohne Verzug in den Unterricht eingeführt zu sehen."

Dagegen faßte die Gradmessungsconferenz zu Washington folgende Resolution:

„Die Versammlung empfiehlt die Annahme eines Welttages für alle Zwecke, bei denen seine Einführung als geeignet befunden werden mag, ohne indessen den Gebrauch einer Ortszeit oder sonstigen Standardzeit da, wo solche wünschenswerth ist, auszuschließen. Dieser Welttag soll für die ganze Erde beginnen mit dem Eintritt der Mitternacht unter dem Ausgangs-Meridian, in Uebereinstimmung mit dem Anfang des bürgerlichen Tages und Datums unter diesem Meridian und soll gezählt werden von 0 bis 24 Stunden. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß so bald wie thunlich der Beginn des astronomischen und nautischen Tages überall auf denselben Mitternachtsanfang verlegt werde."

Inzwischen hat in wissenschaftlichen Kreisen sich die Ansicht immer mehr Bahn gebrochen, daß die Weltzeit niemals irgend eine Bedeutung im bürgerlichen Leben oder im öffentlichen Verkehr gewinnen kann und solle, sondern lediglich auf den innersten Gebrauch der Wissenschaft, der Technik und gewisser Verkehrsanstalten beschränkt bleiben müsse. Erwähnt sei noch, daß den gesetzgebenden Factoren des deutschen Reiches wahrscheinlich schon in nächster Zeit eine Uebereinkunft, betreffend die Organisation einer internationalen Erdmessung, vorgelegt werden wird.

* Die Nachricht, wonach der preußische Cultusminister v. Goßler in den letzten Tagen bei dem Reichskanzler in Varzin gewesen, wird bestätigt und die Vermuthung daran geknüpft, daß es sich dabei um kirchenpolitische Angelegenheiten gehandelt habe. Wie berichtet wird, soll der für den Landtag bestimmte kirchenpolitische Entwurf in den Grundlagen bereits festgestellt sein.

* Die kaiserliche Cabinetsordre, wonach das schleswig'sche Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 9 am 1. April künftigen Jahres nach Köln verlegt wird, dürfte vielfach überraschen. Das Bataillon hat seit seiner Errichtung (1872) in verschiedenen hannöverschen und schleswig-holsteinischen Garnisonen, wie Geestendorf, Lehe, Sonderburg, auch in Cuxhaven und Bremerhaven gestanden und ist erst am 1. April in Lehe, einem Flecken unweit der Geeste am Rande der Marsch, vereinigt worden, nachdem dort eine Kaserne mit einem Aufwande von 877,830 ℳ erbaut war. Das Bataillon genoß keine Selbstständigkeit, war vielmehr bisher dem pommer'schen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 attachirt. In Zukunft soll es unter Verbleib im Verbande des IX. Corps dem westfälischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 7 attachirt werden, das ebenfalls in Köln steht. Es scheint nach dieser Dislocation, als glaube man, an den Befestigungen an der unteren Elbe und Weser eher Artillerie entbehren zu können, als an den Befestigungen nahe der Westgrenze.

* Zur Beurtheilung der Frage, wie die finanziellen Leistungen des Staats der evangelischen Kirche in Preußen gegenüber zu regeln sind, erscheint ein Rückblick auf die Entwickelung der betreffenden Positionen im Etat nicht ohne Interesse. Es kommen dabei zunächst die jetzt als Cap. 111—113 im Etat ausgebrachten Positionen für Oberkirchenrath, Consistorien, evangelische Kirchen und Geistliche, sowie die Tit. 4, 5 und 15 des Cap. 124 Cultus und Unterricht gemeinsam in Betracht. Letztere trennen allerdings die Ausgaben nicht nach Confessionen, so daß der Antheil der evangelischen Kirchen nur schätzungsweise sich ermitteln läßt. Aus dem Patronatsbaufonds (Tit. 4 Cap. 124) werden ferner auch Schulbauten bestritten, während einige kleine Posten, Tit. 6, 9, 11 Cap. 124 des Etats, sich der Vergleichung völlig entziehen, weil eine entsprechende Specialisirung in den früheren Etats nicht stattfand. Geht man mit den hieraus sich ergebenden Vorbehalten an das vorliegende Zahlenmaterial, so ergiebt sich, daß die erst bezeichneten drei Capitel 1868 im Ganzen mit 1,652,612 ℳ gegen 2,540,451 ℳ im laufenden Jahre dotirt waren, mithin eine Aufbesserung von über 50 Proc. erfahren. Die entsprechenden Posten des Capitels für Cultus und Unterricht zusammen sind aber von 1868 bis 1886 von 2,059,326 ℳ auf 5,583,612.9 ℳ, also um etwa 175 Proc. gestiegen. Schätzt man den Antheil der evangelischen Kirche an denselben auf etwa 75 Proc., so würde eine Zunahme der Staatsaufwendungen für dieselben mit dem ersten Jahre der Erweiterung des Staatsgebiets bis jetzt von rund 3,100,000 auf rund 6,700,000 ℳ, also auf erheblich mehr als das Doppelte stattgefunden haben. Und zwar fällt die weitaus größte Vermehrung dieser Staatsausgaben für Zwecke des evangelischen Cultus in die Zeit von 1871 bis 1879. Während nämlich von 1868 die Ausgaben, welche jetzt Capitel 111, 112 und 113 bilden, sich nur auf 1,845,566 ℳ, also nicht um ganz 200,000 ℳ, vermehrten und die den Cultus betreffenden Titel des Capitels 124 ziemlich unverändert blieben, hatten die ersteren 1879 bereits die Höhe von 2,381,077 ℳ, die letzteren von 5,505,732 ℳ erreicht, sind mithin von diesem Jahre bis jetzt nur um etwa 60 bezw. 80,000 ℳ gestiegen. Man sieht hieraus, daß das Verhältniß der Staatsaufwendungen für die evangelische Kirche, und zwar sowohl absolut wie relativ in Bezug auf die katholische Kirche sich wesentlich gebessert hat und daß die Besserung gerade in die Zeit fällt, aus welcher die jetzt so sehr angefochtene Ordnung der Rechtsverhältnisse der evangelischen Kirche herrührt.

* * *

* Gegen die in der Wiener „Presse" aufgetauchte Idee einer österreichisch-deutschen Bundesarmee erklären sich alle alt- und jungczechischen Organe, da die Souveränität Oesterreichs dadurch gefährdet werde. „Hlas Naroda" protestirt dagegen im Namen „aller österreichischen Völker" und versichert, daß der fromme Wunsch der militairischen Bruderschaft ebenso unerfüllt bleiben werde, wie die Idee der „wirthschaftlichen Ausbeutung Oesterreichs mittelst einer Zollunion". „Narodny Listy" erklären, das czechische Volk werde niemals zugeben, daß der böhmische König „Vasall des deutschen Kaisers" werde.

* Der Schluß der Session des österreichischen Reichsraths ist für nächsten Sonnabend in Aussicht genommen. Als Versammlungsort der am 4. n. M. zusammentretenden Delegationen wird von der gemeinsamen Regierung vorläufig noch Pest festgehalten; nur wenn von Seiten der österreichischen Delegirten das Verlangen geäußert würde, daß die Session diesmal in Wien stattfinden möge, oder wenn die ungarische Regierung sich veranlaßt sehen würde, den thatsächlich bestehenden Wünschen der österreichischen Delegirten zuvorzukommen und in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, würde sich die Nothwendigkeit einer neuerlichen Beschlußfassung über den Versammlungsort der Delegationen ergeben. — Die Bischofsconferenzen in Wien haben ihren Abschluß gefunden.

* Das officiöse Wiener „Fremdenblatt" erblickt in den Vorstellungen, welche die Pforte durch ihren Vertreter, Gadban Pascha, in Sofia hat erheben lassen, keinen Grund zu neuen Verwicklungen, vielmehr sei mit diesem Versuche, die bulgarische Frage theilweise auf den Berliner Vertrag zurückzuführen, eine solche Seite der Situation zur Sprache gebracht worden, welche allen Mächten die Möglichkeit gewährt, sie in ihre Erwägung zu ziehen. Hauptsache ist und bleibt, daß die Verhältnisse in Bulgarien eine ruhige und friedliche Entwirrung der dortigen Schwierigkeiten gestatten, und daß die Regentschaft über genügende Autorität verfügt, welcher Erkenntniß sich auch die leitenden Organe der russischen Presse nicht verschließen können. Mit dem Zeitpuncte, da die große Sobranje zusammentritt, habe die Regentschaft ihre Pflicht erfüllt und sei von da ab für die Möglichkeit vorhanden, die Wünsche der Mächte zu beachten, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen, auf welche sie sich bei ihrem bisherigen Widerstande stets berufen hat.

* Die „Politische Correspondenz" erhält aus türkischen Regierungskreisen den folgenden Stimmungsbericht, datirt Konstantinopel vom 19. October:

In hiesigen politischen Kreisen hält man eine endgiltige Lösung der bulgarischen Frage hauptsächlich aus dem Grunde für äußerst schwierig, weil in Bulgarien selbst zahlreiche Elemente vorhanden sind, welche jeder normalen Entwickelung des Staatslebens hindernd im Wege stehen. Schon vor dem russisch-türkischen Kriege waren die Balkanländer von panslawistischen Agitationen durchwühlt und nach dem Versuche, den Europa gemacht hatte, durch den Berliner Vertrag daselbst Frieden und Ordnung herzustellen, wurde das Werk derselben noch viel thätiger fortgesetzt. Der Staatsstreich vom 18. September war die erste Explosion der unruhigen Elemente, die sich auf diese Weise entwickelt hatten, die Entthronung des Fürsten Alexander und seine Wiedereinsetzung haben die militairischen und politischen Elemente noch mehr aus dem normalen ruhigen Zustande herausgehoben und endlich hat die Action des General Kaulbars den revolutionären Charakter des Landes zur Evidenz gebracht. Die Bulgaren haben gelernt, wie man Fürsten entthront und General-Gouverneure vertreibt. Sollte ihnen auch ein Fürst aufgenöthigt werden, welcher sich zum panslawistischen Instrumente machen ließe, so wäre es gewiß, daß er nicht viele Jahre regieren würde. Der Antagonismus gegen Rußland hat einen wirklich nationalen Charakter und eine der ersten Notabilitäten hat diesbezüglich kürzlich nachstehende bemerkenswerthe Aeußerungen gethan: „Eine russische Occupation ist möglich, aber um Bulgarien behaupten zu können, müßten 200,000 russische Soldaten fortwährend im Lande bleiben. Eine Versöhnung mit Rußland wäre nur möglich, wenn das letztere die nationale Unabhängigkeit und Freiheit Bulgariens aufrichtig anerkennen, und nicht nur die Union mit Ostrumelien förmlich zu Ende führen, sondern sogar die Expansion nach Macedonien in Aussicht stellen würde. Sollte aber Rußland aus Bulgarien ein zweites Polen machen wollen, so ist der erste Theil dieses Werkes, nämlich die Einverleibung, noch nicht gelungen, aber der zweite, nämlich die Herstellung eines revolutionären Geistes, ist schon vor sich gegangen."

In den hiesigen politischen Kreisen ist man trotz aller officiellen Gegenreden doch davon überzeugt, daß die russische Besetzung Bulgariens früher oder später erfolgen dürfte. Jedenfalls glaubt man daran, daß geheime Unterhandlungen stattfanden, durch welche die Türkei bestimmt werden sollte, Ostrumelien zu besetzen, falls Rußland zur Besetzung Bulgariens schreiten sollte. Der Sultan ist gegen jede vereinzelte Lösung. Er will sich ebensowenig mit England als mit Rußland alliiren und eine bewaffnete Neutralität bewahren. Allem Anscheine nach wird dieselbe auch nur dann aufgegeben werden, wenn es zu einem Kriege zwischen zwei europäischen Großmächten kommen sollte, in welchem Falle eine derselben gewiß trachten würde, die andere in vortheilhaften Bedingungen als Gegenleistung für die gewährte Allianz zu überbieten. In russischen Kreisen wiegt man sich deshalb allzu früh in Hoffnungen auf eine türkische Allianz. Es wurde in derselben vorige Woche sogar schon eine neue ministerielle Liste in Umlauf gebracht, in welcher Riza Pascha, der frühere Aga Bey (bekanntlich ein intimer Freund des Herrn von Nelidow) als Großvezier und Schakir Pascha, der Botschafter in St. Petersburg, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten figurirte. Obschon man im Palais und auf der Pforte Alles freundlich aufnimmt, was von russischer Seite bemerkt wird, und obschon man sich namentlich durch Rußland ermuthigen läßt, England gegenüber mehr Mark in der egyptischen Frage zu zeigen, so ist an eine offene Parteinahme der türkischen Politik zu Gunsten Rußlands nicht zu denken. Rund verstehen die Orientalen so gut, als auch rechts und links zu liebäugeln. Wenn man aber das Vertrauen jener Türken genießt, welche die wahre Sachlage in Europa und jene verborgenen Strömungen begreifen, die sich der orientalischen Frage von allen Seiten mehr und mehr nähern, so hört man von ihnen, daß die Türkei trotz aller Rüstungen keinen Krieg mehr führen kann und deshalb auch keinen führen will.

* In der „Rigaschen Zeitung" wird ein Bericht des „Oberprocureurs des heiligen Synod" veröffentlicht, der sich über das Verhältniß der Orthodoxen zum römischen Katholicismus in Rußland ausspricht. Man erfährt daraus, daß dies Verhältniß im Allgemeinen ein friedliches ist. Allerdings wird hervorgehoben, daß in der letzten Zeit die in Galizien concentrirten Jesuiten ihre Netze über die diesem Lande benachbarten westlichen und südwestlichen russischen Gouvernements ausgebreitet haben, und an einer anderen Stelle wird betont, daß „der fanatische römisch-katholische (polnische) Adel alle möglichen Maßregeln gebraucht, nicht nur, um die Seinigen von einer Annäherung an die Rechtgläubigkeit zurückzuhalten, sondern auch, Rechtgläubige heimlich zu convertiren." Trotzdem und alledem macht der Uebertritt zur Orthodoxie auch unter den Bekennern des römisch-katholischen Glaubens Fortschritte und im Allgemeinen vollzieht sich eine gewisse äußere Angewöhnung an die Gebräuche und Einrichtungen der russischen Kirche. Viele Katholiken bitten die russische Geistlichkeit um die Einsegnung des Ostertisches und die Weihung von Häusern und Feldern; einige ersuchen auch um die Beerdigung von Gestorbenen und um die Taufe der Kinder nach rechtgläubigem Ritus. So versammelten sich auch bei dem Besuche des russischen Bischofs die Katholiken in großer Zahl in den russischen Kirchen, blieben bis zum Ende des Gottesdienstes, hörten die Rede des Bischofs an, kamen, seinen Segen zu empfangen, und gaben sich Mühe, „das Zeichen des Kreuzes wie die Rechtgläubigen zu machen."

* Nach Berichten aus Lissabon treffen daselbst aus Portugiesisch-Indien unausgesetzt Proteste der dortigen katholischen Bevölkerung gegen das letzte zwischen der portugiesischen Regierung und dem heil. Stuhle geschlossene Concordat vom 23. Juni ein, durch welches diese Katholiken der geistlichen Jurisdiction der Propaganda fide unterstellt werden. Diese Proteste enthalten die nachdrückliche Erklärung, daß die katholische Bevölkerung in allen kirchlichen Angelegenheiten lediglich den portugiesischen Bischöfen Folge zu leisten gewillt ist. Es bleibt nun abzuwarten, ob der heil. Stuhl sich angesichts der dringenden Vorstellungen der Katholiken in Indien bewogen fühlen wird, in dem erst seit Ende Juli ratificirten Concordat eine Aenderung eintreten zu lassen.

* Nach der dieser Tage erfolgten Rückkehr des italienischen Ministerpräsidenten nach Rom erwartet man demnächst die Bekanntmachung bezüglich der Wiedereröffnung des Parlaments. Wahrscheinlich werden der Kammer zuerst die Budgets des Krieges und des Aeußeren vorgelegt, damit der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Gelegenheit habe, die öffentliche Meinung über seine vielfach angefeindete Politik zu beruhigen. Der „Perseveranza" zufolge würde bei den Debatten über das Kriegsbudget seitens verschiedener Parteien die Heeresfrage aufgeworfen werden, um zu beweisen, daß die thatsächlich im ordentlichen und außerordentlichen Budget eingestellten Summen nicht blos ungenügend seien, das Heer durch neue Maßregeln zu kräftigen, sondern, daß sie nicht einmal hinreichen, seine gegenwärtige Ordnung durchzuführen, wozu 15 bis 20 Millionen mehr erforderlich sein würden. Die Frage der Befestigungen soll gleichfalls angeregt werden.

* Der junge bayerische Gelehrte Dr. Sandler, der so ungerechtfertigt am 4. October in Lannilis, im Departement Finistère, wegen Verdachts der Spionage verhaftet worden ist, ist jetzt endlich auf Grund nachdrücklichster deutscher Vorstellung von der französischen Regierung freigegeben worden. Wie sehr die letztere sich übrigens gegen diese Maßregel gesträubt hat, folgt am besten daraus, daß der bayerische Geschäftsträger v. Reither, an den sich Dr. Sandler um Wahrnehmung seiner Rechte gewandt hatte, sowohl am 6. wie am 12. October dem französischen Ministerium dringende aber erfolglose Vorstellungen unterbreitet hatte. Erst als Herr v. Reither sich am 20. October an den Grafen Münster um Unterstützung gewandt hatte und dieser sofort einschritt, erfolgte am 22. October die Freilassung selbst. Dieser einfache Sachverhalt widerlegt zur Genüge die von einigen Sensationsblättern verbreitete Nachricht von dem großen Eifer des französischen Cabinets in einer wichtigen politischen Frage sich die Unterstützung Deutschlands zu sichern.

* Nach Meldungen aus Kairo ist die Rückberufung Nubar Paschas aus London gemäß der von den deutschen, russischen und französischen diplomatischen Agenten übereinstimmend gestellten Forderung erfolgt. — Der Ober-Commandirende in Egypten, General Stephenson, hat eine sich bis nach Wadi-Halfa erstreckende Inspectionstour angetreten. — Ein Bataillon egyptischer Truppen hat Marschordre nach Assuan erhalten.

Zur Lage.

NLC. Berlin, 23. October. In der Presse ist in den letzten Wochen viel in allgemeinen Partei-Erörterungen geleistet worden, die vorzugsweise das gegenseitige Verhältniß der gemäßigt liberalen und der conservativen Richtungen zum Inhalt hatten. Ein bestimmter Anlaß zu solchen Erörterungen liegt zur Zeit nicht vor; es ist nichts geschehen, was denselben im gegenwärtigen Augenblick einen handgreiflich praktischen Inhalt geben könnte, und sie leiden daher auch an einer gewissen Zwecklosigkeit und Unfruchtbarkeit. Was von Verschmelzungsplänen, von Aufstellung eines gemeinsamen Manifestes u. dergl. in den Blättern geschrieben wird, ist ein Gerede, dem keine ernste Bedeutung beizumessen ist. Wir glauben nicht, daß an irgend einer